

II-1242 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

3.4.1968

539/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 511/J

des Bundesministers für Justiz Dr. K l e c a t s k y  
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hertha F i r n b e r g und Genossen,  
betreffend die Art der Durchführung der Hauptverhandlung in einem Straf-  
verfahren vor dem Jugendgerichtshof Wien,

-.--.-

Die mir am 8.2.1968 übermittelte schriftliche Anfrage der Abgeord-  
neten zum Nationalrat Dr. Hertha Firnberg und Genossen, Zl. 511/J-NR/1968,  
betreffend die Art der Durchführung der Hauptverhandlung in einem Straf-  
verfahren vor dem Jugendgerichtshof Wien, beehre ich mich wie folgt zu  
beantworten:

Zu 1.): Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, einem gesetz-  
mäßig geäußerten Wunsch des Nationalrates nach Maßgabe seiner tatsächlichen  
und rechtlichen Durchführbarkeit Rechnung zu tragen.

Gemäß Art. 52 Abs. 1 B.-VG. im Zusammenhang mit § 70 des  
Bundesgesetzes BGBl.Nr. 178/61, betreffend die Geschäftsordnung des  
Nationalrates, kann der Nationalrat seinen Wünschen über die Ausübung  
der Vollziehung in Entschließungen Ausdruck geben. Zum Gegenstand liegt  
~~derzeit~~ eine solche Entschließung nicht vor.

Zu 2.): Im Bereiche der mit der Strafrechtspflege befaßten staat-  
lichen Organe hat der zuständige Staatsanwalt zu prüfen, ob Verstöße gegen  
strafverfahrensrechtliche Vorschriften vorliegen, und bejahendenfalls im  
Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten entsprechende Rechtsmittel zu erheben.  
Hierüber kann rechtsverbindlich nur ein unabhängiges Gericht entscheiden.  
Das Bundesministerium für Justiz hat über die Oberstaatsanwaltschaft Wien  
einen Bericht der zuständigen Staatsanwaltschaft eingeholt. Nach diesem  
Bericht haben die staatsanwaltschaftlichen Organe kein Rechtsmittel erhoben.  
Weiters hat der Präsident des Oberlandesgerichtes Wien eine dienstauf-  
sichtsbehördliche Prüfung durchgeführt und dem Bundesministerium für Justiz  
mit Bericht vom 20. März 1968 mitgeteilt, daß auf Grund des erhobenen Sach-  
verhaltes ein Anlaß für dienstaufsichtsbehördliche oder disziplinarische Maß-  
nahmen nicht vorlag. Das Bundesministerium für Justiz hat keinen gesetz-  
lichen Anlaß gefunden, diesen Mitteilungen der Oberstaatsanwaltschaft Wien,  
der zuständigen Staatsanwaltschaft und des Präsidenten des Oberlandes-  
gerichtes Wien entgegenzutreten.

539/A.B.

- 2 -

zu 511/J

Zu 3.): Da mehrere Angeklagte gegen das erstgerichtliche Urteil Rechtsmittel erhoben haben, ist dieses Strafverfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Die Beantwortung dieser Frage würde daher derzeit einen Vorgriff auf die den Gerichten zustehende Prüfung der Sache bedeuten.

-.-.-.-

Die konkreten Fragen an den Minister lauteten:

- 1) Ist der Herr Bundesminister bereit, die Art der Durchführung der bezeichneten Hauptverhandlung in zusammenfassender Weise darzustellen?
- 2) Hat der Herr Bundesminister für Justiz Verstösse gegen strafverfahrensrechtliche Vorschriften festgestellt?
- 3) Welche Maßnahmen beabsichtigt der Herr Bundesminister für Justiz zu treffen, um Vorkommnisse ähnlicher Art in Zukunft hintanzuhalten?

-.-.-.-